
FDP Ortsverband Dreieich

PHOSPATDEBATTE: FÜNF MILLIONEN OHNE PLAUSIBLE BEGRÜNDUNG

05.03.2021

FDP-Dreieich zur Posse um das Phosphat im Abwasser: Fünf Millionen Euro Mehrbelastung für die Bürger ohne plausible Begründung sind nicht zustimmungsfähig.

Der von der Verwaltung vorgelegten und jetzt von einer Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Fünf-Millionen-Investition zur Phosphatelimination am Buchschlager Klärwerk, **welche über die Abgabe direkt auf die Bürger umgelegt wird**, fehlt **nach Überzeugung der FDP-Dreieich** die nachvollziehbare Grundlage.

„Seit anderthalb Jahren werden die Kosten mit wechselnden, sich widersprechenden Argumenten begründet, die zudem nur aufgrund unserer permanenten Nachfragen genannt werden. Damit ist die Vorlage aus unserer Sicht nicht zustimmungsfähig, denn sie ist in dieser Form weder plausibel, noch rechtfertigt sie – trotz aller Sachzwänge – ausreichend begründet die Mehrkosten für die Bürger.“

Bereits Ende 2019, im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2020, stolperte die Fraktion der FDP-Dreieich über die in der Haushaltsvorlage eingeplanten, hohen Mittel zur Phosphatelimination. Mehrere Nachfragen der Fraktion wurden damit beantwortet, dass die Phosphatwerte im Dreieicher Abwasser zu hoch seien – dies jedoch nicht regelmäßig und ganzjährig, sondern nur vereinzelt, verursacht durch (Zitat) „einzelne Stöße von einzelnen Einleitern“.

Auf Basis dieser Begründung beantragte FDP darauf hin, die Investitionen (die vom Bürger zu tragen gewesen wären) abzuplanen und statt dessen einen vergleichsweise kleinen Betrag in den Haushalt einzustellen, um den oder die Verursacher zu finden. Dieser Antrag fand in der Stadtverordnetenversammlung Zustimmung und wurde verabschiedet. Ein Jahr später, Ende 2020, bei den Beratungen zum Haushalt 2021, standen dann plötzlich wieder die selben fünf Millionen Euro in der Vorlage zur Haushaltsplanung. **Die erneute Anfrage der verwunderten FDP-Fraktion** ergab, **dass man die Verursacher nicht gefunden hat - weil man gar nicht nach ihnen gesucht hatte.**

Die darauf folgende Diskussion und ein weiterer Antrag der FDP mündeten in dem Übereinkommen, die ganze Summe mit einem Sperrvermerk zu versehen, über dessen Aufhebung die Stadtverordneten erst abstimmen, wenn ihnen im einem Werkstattgespräch **die Hintergründe der Posse** plausibel dargelegt werden. Dieses Werkstattgespräch fand im Februar 2021 statt - und sorgte erneut für erstauntes Augenreiben.

